



Regierungserklärung durch  
Ministerpräsident Winfried Kretschmann

**Krieg in der Ukraine –  
Gemeinsam Verantwortung übernehmen  
in schwieriger Zeit**

Landtag Baden-Württemberg

6. April 2022

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Zerstörte Städte und zerbombte Krankenhäuser, Mütter, die zwischen Gebäudetrümmern ihre Neugeborenen schützen, Menschen, die tagelang in U-Bahnstationen ausharren, Notbeerdigungen mitten in der Stadt, und Millionen Menschen auf der Flucht – diese Bilder aus der Ukraine begleiten uns derzeit durch unsere Tage,

sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Und nun noch die Berichte über die Gräueltaten in Butscha, Fotos von gefesselten Leichen in den Straßen, von ermordeten und gefolterten Zivilisten, und das alles mitten in Europa, direkt vor unserer Haustüre, in einer unvorstellbaren Brutalität.

Angesichts dieses Schreckens möchte ich den Menschen in der Ukraine unsere Solidarität versichern, aber auch unser tief empfundenes Mitgefühl aussprechen. Wir sind in tiefer Trauer über die Opfer. Wir fühlen mit allen Menschen in der Ukraine, die jetzt großes Leid erfahren.

Und ich spreche hier nicht nur für meine Regierung, sondern für die große Mehrheit hier im Parlament und für das ganze Land.

Liebe Bürgerinnen und Bürger der Ukraine,

Baden-Württemberg steht an Ihrer Seite.

Dabei sickert Stück für Stück in unser Bewusstsein ein, dass sich dadurch keineswegs nur das Leben der Menschen in der Ukraine ändert. Wir fangen an zu begreifen, dass Putin mit diesem Angriffskrieg nicht nur die meint, die er gerade unmittelbar angreift.

Sondern auch uns: unsere Art zu leben, unsere Demokratie, unsere regelbasierte internationale Ordnung.

Und wir erkennen, dass nicht nur ukrainische Dörfer und Städte in Trümmern liegen. Auch die Prinzipien, die wir mit Russland in den vergangenen Jahrzehnten vereinbart haben, liegen in Trümmern. Auch unsere Friedensordnung liegt in Trümmern: Die Schlussakte von Helsinki (von 1975) – von Putin zerschossen. Die Charta von Paris für ein neues Europa (von 1990) – von Putin zerschossen. Die Nato-Russland-Grundakte (von 1997) – auch die hat Putin mit seinem Angriffskrieg zerschossen!

All diese Vertragswerke dienten dem friedlichen Zusammenleben in Europa. Sie waren die Grundpfeiler einer kooperativen Friedensordnung. Eine jahrzehntelange Arbeit, die Putin in Schutt und Asche gelegt hat.

Und es dämmert uns, wie tiefgreifend die Konsequenzen all dessen sind. Für unsere Freiheit. Für unsere Sicherheit. Für unseren Wohlstand. Und zwar nicht deshalb, weil wir das so wollen. Sondern deshalb, weil es uns von außen so aufgezwungen wird. Dies müssen wir nun in seiner ganzen Tragweite erkennen.

Und das bedeutet: Wir müssen uns auf eine Zeit der Konfrontation einstellen. Wir müssen uns auf härtere Zeiten einstellen. Und ja: auch auf harte Einschnitte.

Wahr ist: Der Staat kann sehr viel tun. Aber wahr ist auch: Der Staat kann nicht alles und jedes ausgleichen und kompensieren. Das müssen wir akzeptieren.

Und dazu muss jede und jeder von uns seinen Beitrag leisten. Und dabei, das will ich hinzufügen, müssen auch wir im Parlament unseren Beitrag leisten. Denn es wird weniger zu verteilen geben. Uns stehen schwierige Haushaltsberatungen bevor. Und deshalb müssen wir zu einer klaren Prioritätensetzung bereit sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Krieg in der Ukraine hat massive und umfassende Auswirkungen auch auf unser Land.

Deshalb hat die Landesregierung umgehend eine ressortübergreifende Lenkungsgruppe unter der Leitung des Chefs der Staatskanzlei eingerichtet. Mit vereinten Kräften werden so alle Aktivitäten koordiniert, Kabinettsentscheidungen vorbereitet und dringende exekutive Beschlüsse gefasst, wenn es nötig ist.

Die Aufgaben, mit denen wir es zu tun haben, sind groß. Das gilt besonders für die Aufnahme und Versorgung der Schutzsuchenden aus der Ukraine. Denn der brutale Angriffskrieg hat nicht nur tausende Menschen das Leben gekostet, sondern auch eine die größte Flüchtlingskrise seit dem Zweiten Weltkrieg verursacht.

Gut zehn Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer mussten fliehen, fast vier Millionen mussten ihr Heimatland verlassen – die meisten von ihnen Frauen, Kinder und ältere Menschen. Der Großteil von ihnen findet bisher Schutz in den Nachbarstaaten der Ukraine. Mehr als die Hälfte in Polen. Und allein in Moldawien, dem ärmsten Land Europas, kommen auf 2,6 Millionen Einwohner fast 400.000 Flüchtlinge! Es ist wirklich beeindruckend, was diese Länder gerade leisten. Sie verdienen unsere Hochachtung!

Aber auch bei uns im Land erleben wir eine unglaubliche Solidarität und Hilfsbereitschaft. Über 90 Prozent der Baden-Württemberger finden es richtig, dass wir Flüchtlinge aus dem Kriegsgebiet aufnehmen. Und nicht nur das. Viele Menschen packen selbst mit an. Sie nehmen Flüchtlinge bei sich zu Hause auf und unterstützen sie und ihre Kinder. Herzlichen Dank für dafür! Das ist ein Lichtblick in diesen dunklen Zeiten.

Ich sage aber auch ganz offen: Diesen Zusammenhalt, diesen Bürgergeist und dieses gemeinsame Handeln werden wir in den kommenden Monaten noch dringend brauchen. Denn vor uns liegt kein Sprint, sondern ein Langstreckenlauf. Wir werden für längere Zeit eine wachsende Zahl von Flüchtlingen unterbringen müssen. Wie viele genau – das wissen wir noch nicht. Aber es können deutlich mehr sein als 2015.

Und sie kommen zu jenen hinzu, die wir jenseits des Ukraine Konflikts aufnehmen. Denn die anderen Konflikte der Welt sind ja nicht einfach beendet.

Seit Beginn des Krieges sind bisher über 50.000 Schutzsuchende zu uns nach Baden-Württemberg gekommen und registriert worden. Davon haben wir bisher über 11.000 Personen in unseren Erstaufnahmeeinrichtungen aufgenommen.

Das war und ist möglich, weil die Landesregierung die Unterbringungsplätze vom ersten Tag des Krieges an im Rekordtempo ausbaut: In den bestehenden Erstaufnahmeeinrichtungen: Plus 2.500 Plätze. In der reaktivierten Unterbringung in Meißstetten: 800 Plätze. Zudem haben wir in Messehallen vorläufige Unterkünfte aufgebaut, in denen wir über 2.300 weitere Menschen unterbringen können. So konnten wir die Kapazitäten der Landeserstaufnahme fast verdoppeln: Von gut 6.000 auf über 12.000 Plätze.

Das ist eine gewaltige Leistung – und dafür bedanke ich mich herzlich bei Migrationsministerin Gentges und bei allen, die sich reingehängt und mit angepackt haben, egal an welcher Stelle.

Ich versichere Ihnen: Wir werden unsere Aufnahmekapazitäten weiter ausbauen. Mit aller Kraft. Und vereinten Kräften. Natürlich läuft noch nicht alles reibungslos.

Etwa bei der Registrierung der Geflüchteten. Ganz einfach, weil noch nicht genügend Registrierungs-Geräte zur Verfügung stehen. Oder bei der Verteilung der Flüchtlinge innerhalb Deutschlands: Hier läuft die Kommunikation durch den Bund noch nicht immer rund. Und auch die Verteilung innerhalb des Landes ist nicht ganz einfach, da keine Wohnsitzauflage gilt und die Ukrainer sich frei in Deutschland bewegen können.

Aber wir arbeiten Tag für Tag an fairen und guten Lösungen – und wir werden diese Probleme in den Griff bekommen.

Meine Damen und Herren,

ich habe jetzt viel über Zahlen, Aufnahmekapazitäten, Registrierung und Verteilung gesprochen. Dabei müssen wir uns immer bewusst sein: Hinter jeder Zahl, hinter jedem Verwaltungsvorgang steht ein ganz konkretes menschliches Schicksal.

Ich denke da zum Beispiel an die Geschichte einer jungen Familie aus Kiew, mit der ich bei meinem Besuch der Erstaufnahmestelle in Sigmaringen gesprochen habe.

Nach Kriegsbeginn war die kleine Familie zunächst in Kiew geblieben. Mit ihrem vier Jahre alten Mädchen und ihrem neun Monate alten Baby hatten sie über eine Woche verzweifelt im Keller ausgeharrt, um sich vor den russischen Bomben zu schützen.

Dann begann eine abenteuerliche Flucht. In den überfüllten Zug in Richtung Polen konnten sie nur durch ein Fenster einsteigen. Und nach einem Umweg über Italien hat die Familie nun Schutz in Sigmaringen gefunden. Der Bericht ging mir unter die Haut.

Denn solche Erzählungen kenne ich noch von meinen Eltern: Die waren nach dem zweiten Weltkrieg selbst Flüchtlinge. Und haben noch Jahrzehnte später über die Schrecken von Krieg, Flucht und Vertreibung gesprochen. Und über meinen älteren Bruder, den ich nie kennen gelernt habe, weil er als Säugling auf der Flucht gestorben ist.

Dass nun heute, im Jahr 2022, wieder Familien vor einem brutalen Krieg mitten in Europa fliehen müssen, ist nur schwer auszuhalten. Umso wichtiger ist es,

dass wir unserer humanitären Pflicht nachkommen, den Menschen bei uns Schutz bieten, uns um sie kümmern und sie unterstützen.

Deshalb haben wir auch gleich unser bewährtes Integrationsmanagement auf die Geflüchteten aus der Ukraine ausgeweitet.

Konkret heißt das: Die rund 1.200 Integrationsmanager in den Städten und Gemeinden nehmen sich der Geflüchteten an, helfen ihnen, sich vor Ort zurechtzufinden, und unterstützen sie in allen Fragen des Alltags.

Außerdem finanziert das Sozialministerium gezielt Sprachkurse für die Schutzsuchenden aus der Ukraine.

Darüber hinaus sind unsere psychosozialen Zentren auf die Geflüchteten aus der Ukraine vorbereitet, von denen viele traumatisiert sind.

So werden bereits Traumahelfer gewonnen, Dolmetscher gesucht und erste Gruppentherapien angeboten.

Meine Damen und Herren,

dass eine Aufgabe dieser Größenordnung nur gemeinsam geht, in einem gemeinsamen Kraftakt, in einer großen Verantwortungsgemeinschaft von EU, Bund, Ländern, Kommunen und Bürgerschaft – das versteht sich von selbst.

Deshalb hat sich meine Landesregierung auch in der letzten Woche mit den kommunalen Landesverbänden darauf verständigt, dass wir die Kosten für die privat bei Freunden oder Bekannten untergebrachten Menschen übernehmen, und dass wir den Kommunen die Kosten für Wohnung und Lebensunterhalt erstatten.

Das zeigt: Land und Kommunen ziehen gemeinsam an einem Strang. Mit dem Bund sind wir gerade in Verhandlungen über eine faire Verteilung der Kosten für die Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten. Und dabei muss sich der Bund noch deutlich bewegen und finanziell einstehen. Und zwar für alle Flüchtlinge, nicht nur für die Flüchtlinge aus der Ukraine. Für 100 Prozent der Unterkunftskosten, für einen substantiellen Teil der Aufwendungen von Kommunen und Ländern für Kita, Schule und Integration – denn die Hälfte der Flüchtlinge aus der Ukraine sind Kinder, und – bei einem Wechsel vom Asylbewerber-Leistungsgesetz zum Sozialgesetzbuch II – auch für die ersten Monate bis zum Aufenthaltstitel.

Ich hoffe, dass wir morgen in der gemeinsamen Runde der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit dem Kanzler zu einer guten Lösung kommen. Zu einer annehmbaren Lösung im Sinne der Flüchtlinge, und im Sinne der gemeinsamen Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch wenn die Geflüchteten lieber heute als morgen in ihre Heimat zurückkehren wollen, müssen wir ihnen die Chance geben, bei uns ein echtes zu Hause zu finden. Trotz des angespannten Wohnungsmarktes in vielen Teilen unseres Landes.

Dabei wollen wir soweit es irgend geht einen Verdrängungswettbewerb verhindern zwischen den Neuankömmlingen und denen, die bereits jetzt kaum eine bezahlbare Wohnung finden. Wir werden deshalb an mehreren Stellschrauben auf einmal drehen:

Zum einen setzen wir auf eine Vereinfachung und Beschleunigung der baurechtlichen Verfahren und die Absenkung der administrativen Hürden beim Bau von Flüchtlingswohnraum.

Zum anderen streben wir an, das Programm „Wohnraum für Geflüchtete“ neu aufzulegen –, wenn uns die Einigung mit dem Bund über die Verteilung der Flüchtlingskosten die notwendigen finanziellen Spielräume lässt. Mit dem Programm wollen wir die Kommunen – wie schon in der letzten Flüchtlingskrise – beim schnellen Bau von Flüchtlingsunterkünften unterstützen.

Neben diesen kurzfristigen Maßnahmen müssen wir mittel- und langfristig mehr Sozialwohnungen bauen.

So, wie wir es auch schon vor dieser Krise angestrebt haben – Indem wir die Landeswohnraumförderung in den letzten Jahren Schritt für Schritt erhöht haben, und dieses Jahr mit 370 Millionen so viel in den sozialen Wohnungsbau investieren wie noch nie zuvor in der Geschichte des Landes.

Zudem hat die Bundesregierung angekündigt, die Mittel für die soziale Wohnraumförderung zu erhöhen. Das brauchen wir jetzt dringender denn je.

Die zweite große Aufgabe nach Unterbringung und Versorgung ist es, die vielen Kinder und Jugendlichen aus der Ukraine in unsere Schulen und Kitas zu integrieren. Dabei ist immer noch unklar, wie viele Kinder kommen werden, wie lange sie bleiben, und damit auch: was genau auf unsere Schulen zukommt.

Natürlich ist der Wunsch der Geflüchteten groß, so schnell wie möglich in ihre Heimat zurückzukehren. Aber, ob es so kommt – das weiß heute keiner. Deshalb nehmen wir die Kinder schnell in unseren Schulen auf. Denn Kita und Schule sind unglaublich wichtig, um Kindern Halt und Stabilität in der Fremde zu geben. Der geregelte Ablauf bringt ein Stück Normalität zurück in den Alltag. Und der Unterricht und der Kontakt mit anderen Kindern bietet die Chance, all das Schlimme, was die Kinder erlebt haben, für ein paar Stunden am Tag hinter sich zu lassen.

Wir müssen uns klarmachen: Die meisten dieser Kinder sind allein mit ihrer Mutter hierher geflohen. Ihre Väter sind in der Ukraine geblieben. Viele von ihnen kämpfen im Krieg. Das ist unglaublich belastend. Und da kann Schule ein wenig helfen, die seelischen Nöte ein wenig zu lindern.

Deshalb bemüht sich das Kultusministerium und die Schulen im ganzen Land nach Kräften, um die Kinder und Jugendlichen aus der Ukraine gut zu integrieren. Im KM wurde dafür eigens ein Sonderstab eingerichtet. Dabei ist die Situation heute zugleich einfacher und schwieriger als in der Flüchtlingskrise 2015.

Schwieriger, weil wohl deutlich mehr Kinder und Jugendliche aus der Ukraine zu uns kommen werden und wir schon jetzt händeringend nach Lehrkräften suchen.

Aber auch einfacher, weil die Kinder aus einem Land mit einem hohen Bildungsniveau und einem ähnlichen Schulsystem kommen.

Vor allem aber, weil wir viel besser vorbereitet sind als 2015: Wir haben bewährte Konzepte und erfahrene Lehrkräfte, die inzwischen genau wissen, wie gute Integration in der Schule funktioniert. Und deshalb war es goldrichtig, dass wir im Haushalt die Mittel für die Lehrkräfte in den Vorbereitungsklassen verstetigt haben.

Bisher haben wir knapp 6.000 Kinder und Jugendliche aus der Ukraine an unseren Schulen aufgenommen. Die Schulen suchen gemeinsam mit der Schulverwaltung und den Kommunen nach passenden Lösungen für das jeweilige Kind.

Das heißt: Die Kinder kommen – wenn sie über Deutsch-Kenntnisse verfügen – in eine ganz normale Regelklasse und erhalten zusätzliche Sprachkurse.

Oder sie gehen zunächst in eine der Vorbereitungsklassen, die es an vielen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen gibt. Solche Vorbereitungsklassen legen den Schwerpunkt darauf, dass die Kinder schnell die deutsche Sprache lernen. Denn dann können sie schnell in Regelklassen wechseln.

Zudem sollen die Kinder ergänzend an Unterricht in ukrainischer Sprache teilnehmen können, den ukrainische Lehrkräfte erteilen.

Derzeit haben wir über 2.000 Vorbereitungsklassen an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen im Land. Diese wollen wir und werden wir weiter aufstocken – um den Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine so gut wie möglich gerecht zu werden.

Deshalb sucht das Kultusministerium mit einer eigens eingerichteten zentralen Plattform Lehrkräfte, Pensionäre, Studierende, Erzieherinnen, Dolmetscher – aber auch ukrainische Lehrerinnen und Lehrer.

Jede und jeder, der qualifiziert ist und helfen möchte, ist eingeladen, sich zu melden. Die Kinder und Jugendlichen aus der Ukraine werden es Ihnen danken.

Das Schöne ist: Es haben sich schon über 600 Freiwillige bei uns gemeldet, die sich einbringen wollen. Das macht Mut. Und dafür bin ich sehr dankbar.

Da viele der Kinder aus der Ukraine traumatisiert sind, streben wir außerdem an, die Zahl der Schulpsychologen aufzustocken.

Die Kleinsten wollen wir so schnell wie möglich in die Kitas und die Kindertagesbetreuung integrieren. Das ist kein leichtes Unterfangen, weil schon jetzt die Fachkräfte knapp sind.

Deshalb ist das Kultusministerium in engem Austausch mit den Kommunen und den freien Kita-Trägern. Dabei spricht sich das Kultusministerium dafür aus, Schritt für Schritt vorzugehen:

Zunächst sollen den Kindern niedrigschwellige Angebote wie Spielgruppen gemacht werden, um sie dann nach und nach in die Kitas aufzunehmen und dort in den Alltag zu integrieren. Damit das gelingt, wollen wir gezielt pädagogisches Personal unter den ukrainischen Geflüchteten gewinnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ebenso wie die Kinder und Jugendlichen wollen wir auch die Studierenden und die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Ukraine für die Dauer ihres Aufenthalts möglichst gut unterstützen.

Dafür bringen wir eine Reihe von Maßnahmen auf den Weg:

Wir vergeben ein Gebührenstipendium für geflüchtete ukrainische Studierende und erlassen ihnen damit die Studiengebühren.

Wir schaffen einen Überbrückungsfonds. Damit können die Hochschulen ukrainische Studierende und Wissenschaftler in Notfällen unterstützen.

Zudem haben wir eine Kontaktstelle für geflüchtete Kulturschaffende eingerichtet und fördern gezielt Projekte, an denen Künstlerinnen und Künstler aus der Ukraine mitwirken.

Unsere Anstrengungen werden zudem durch die Baden-Württemberg-Stiftung flankiert, die geflüchtete Studierende, verfolgte Wissenschaftler und Kulturschaffende aus der Ukraine, Russland und Belarus gezielt unterstützt.

Darüber hinaus sind wir mit der Stiftung im Gespräch über Unterstützungsangebote für Journalistinnen und Journalisten aus der Ukraine und Russland.

Was die Integration der Geflüchteten in unseren Arbeitsmarkt betrifft, sind wir noch im Frühstadium.

Doch schon jetzt ist klar erkennbar, dass die Ukrainerinnen und Ukrainer arbeiten und ihren Lebensunterhalt selbst verdienen wollen. Die erstmalige Aktivierung der Massenzustrom-Richtlinie in der Geschichte der Europäischen Union vereinfacht das. Denn die Geflüchteten erhalten auch ohne Asylantrag einen Schutzstatus und können bei uns arbeiten. Das ist nicht nur für die Geflüchteten ein Segen, sondern kann auch für unser Land eine Chance sein. Auch weil die Geflüchteten nach ersten Schätzungen überdurchschnittlich gut qualifiziert sind, und viele unserer Branchen händeringend nach Fachkräften suchen.

Besonders gute Möglichkeiten bestehen in Gastronomie, Pflege, Handwerk und Industrie, genauso wie in Mangelberufen wie Ingenieure, IT-Experten, Erzieher, Ärzte oder Lehrer.

Unsere Stellen im Land stehen dabei bereit, um die Geflüchteten bestmöglich bei der Suche nach einer Arbeit zu unterstützen, insbesondere unsere neun regionalen Welcome-Center, unser Welcome-Center Sozialwirtschaft und unsere Kontaktstelle Frau und Beruf.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

glücklicherweise ist die öffentliche Sicherheit in Baden-Württemberg bislang durch den russischen Angriffskrieg und seine Folgen nicht beeinträchtigt worden.

Damit das weiterhin so bleibt, bleiben wir wachsam - vor allem im Bereich der Cybersicherheit. Denn in den letzten Jahren gab es aus Russland immer wieder

Attacken auf Regierungen anderer Staaten. Auch der Bundestag war Ziel solcher Angriffe. Das Risiko ist jetzt natürlich gewachsen, denn Russland führt seinen Krieg auch über das Internet:

Vor allem Kritische Infrastrukturen wie etwa Strom-, Wasser- oder Gesundheitsversorgung sind hier im Visier. Aber auch Lieferketten, Hochleistungsrechner, Staat und Unternehmen können zum Ziel werden.

Hier zahlt es sich aus, dass wir uns im Land in den letzten Jahren für die Bekämpfung von Cyberkriminalität so gut aufgestellt haben. Unsere Sicherheitsbehörden beobachten kontinuierlich die Lage und tauschen sich eng mit den Cybercrime-Stellen von Bund und Ländern aus. Unsere Sicherheitsbehörden sorgen auch in dieser kritischen Situation dafür, dass wir in Baden-Württemberg frei und sicher leben können.

Und dafür bedanke ich mich herzlich bei allen Beteiligten im Land, die sich Tag für Tag für unsere Cybersicherheit einsetzen!

Meine Damen und Herren,

Putins Krieg ist auch ein Angriff gegen ein Land, das sich der EU zugewandt hat. Ein Land, das sich – bei allen Schwächen und Rückschlägen – demokratisiert und modernisiert hat.

Natürlich macht Baden-Württemberg keine eigene Außenpolitik. Aber unsere Landesverfassung gibt uns den klaren Auftrag, uns für die Einheit und Zusammenarbeit in Europa einzusetzen. Auch deswegen nutzen wir alle Möglichkeiten, um der Ukraine unsere Solidarität zu zeigen und den Menschen dort nach Kräften zu helfen.

Und deshalb ist es wichtig, dass mein Europa-Staatssekretär im laufenden engen Austausch mit dem ukrainischen Generalkonsul und den Anrainerstaaten steht, und ebenso mit Vertreterinnen und Vertretern der ukrainischen Community in Baden-Württemberg.

Er kümmert sich um die verschiedenen bestehenden Verbindungen mit der Ukraine. Und dabei spielt besonders – um die Donaunraumstrategie eine wichtige Rolle.

Im Rahmen der Donaunraumstrategie unterstützen wir konkrete Hilfsprojekte und stellen dafür rund 350.000 Euro zur Verfügung.

Etwa für Mütter- und Familienzentren in den Nachbarstaaten der Ukraine, die als Anlaufstellen für geflüchtete Frauen und Kinder dienen.

Außerdem sind in den letzten Wochen die ersten Hilfstransporte des Landes in die Ukraine angelaufen.

So hat das Innenministerium ein Hilfspaket in Höhe von einer Million Euro für die Ausstattung von 800 zivilen Ersthelfern in der Ukraine geschnürt.

Darüber hinaus hat das Sozialministerium bereits kurz nach Kriegsbeginn Medikamente, medizinische Hilfsgüter und Beatmungsgeräte im Wert von gut 4 Millionen Euro in die Ukraine gebracht.

Zudem helfen wir auch direkt bei uns im Land, indem wir in unseren Uni-Kliniken, aber auch in anderen Krankenhäusern Patientinnen und Patienten aus

der Ukraine behandeln, die in ihrer Heimat nicht mehr ausreichend versorgt werden können.

Auch die Kommunen und viele Initiativen aus der Zivilgesellschaft engagieren sich hier und bieten wertvolle Hilfe.

Auch bei Ihnen möchte ich mich herzlich bedanken!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir erleben mit dem Ukrainekrieg auch deshalb eine Zeitenwende, weil wir nicht mehr nur über Bedrohungslagen reden, sondern über einen tatsächlichen Krieg, der uns zwingt, unsere Sicherheit neu zu definieren.

Wir Europäer hatten unsere Sicherheitsordnung seit dem Ende des Kalten Krieges voll auf Kooperation ausgerichtet.

Mit dem Ziel, die Sicherheit in Europa durch die Zusammenarbeit mit Russland in sicherheitspolitischen Fragen und durch eine stärkere wirtschaftspolitische Verflechtung zu garantieren.

Zugleich haben wir unsere Wehrhaftigkeit vernachlässigt und uns energiepolitisch abhängig gemacht. Diese Strategie ist gescheitert. Mehr noch: Sie war naiv. Sie war ein schwerer Fehler. Und das ist eine bittere Erkenntnis, denn wir waren in einer entscheidenden politischen Frage auf einem Irrweg unterwegs.

Das bedeutet nicht, dass Kooperation und Handel grundlegend falsche Ideen wären. Aber die Abhängigkeit von und die vernachlässigte Verteidigungsfähigkeit gegenüber Autokratien und Diktaturen haben unsere politische Souveränität geschwächt.

Deshalb müssen wir uns nun in zentralen Politikfeldern neu aufstellen: In der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in der Energiepolitik, und auch in der Wirtschaftspolitik.

Klar ist auch, dass wir die militärische Zusammenarbeit in Europa auf eine neue Stufe heben müssen. Ich möchte mir gar nicht vorstellen, wie es wäre, wenn Trump jetzt noch amerikanischer Präsident wäre. Deshalb muss sich Europa selbst verteidigen können.

Europa muss seine Freiheit und seine Demokratie auch nach außen selbst schützen können, und da gibt es auch eine starke militärische Komponente.

Das dürfte nun ein breiter Konsens sein. Und auch wenn manche Schwierigkeiten haben, dies zu akzeptieren: Deutschland muss dabei gemeinsam mit Frankreich eine Führungsrolle übernehmen.

Wirtschaftlich müssen wir uns auf andere Zeiten einstellen, kurz- und langfristig.

Kurzfristig müssen wir mit den Folgen des Krieges und mit den Rückwirkungen der umfangreichsten, schnellsten und härtesten Wirtschaftssanktionen der Nachkriegsgeschichte umgehen. Diese Sanktionen sind richtig.

Und ich bin sehr dankbar dafür, dass sowohl die Bürgerschaft als auch die Unternehmerinnen und Unternehmer voll und ganz hinter diesen Sanktionen stehen.

Denn ich weiß, wie stark gerade unsere Schlüsselbranchen davon betroffen sind: die Automobilwirtschaft, der Maschinenbau, die Gesundheitswirtschaft, die Chemieindustrie. Und natürlich die energieintensiven Branchen rund um Zement, Glas, Papier, Logistik, Versorgung, Textil.

Es ist richtig, dass die Bundesregierung und namentlich Bundeswirtschaftsminister Habeck alles dafür tut, um für einen Gas-Stopp gerüstet zu sein. Und dass er gleichzeitig alles dafür tut, um die Abhängigkeit von russischem Öl, russischer Kohle und russischem Gas so schnell wie möglich zu reduzieren.

Und auf diesem Weg sind wir in wenigen Wochen bereits ein gutes Stück vorangekommen:

Bis Ende des Jahres werden wir unabhängig von russischem Öl sein.

Beim Gas ist die Abhängigkeit von 55 auf 40 Prozent gesunken, bis Ende des Jahres könnten es 30 Prozent sein.

Bei der Kohle hat die EU nun die Initiative ergriffen, den Import russischer Kohle vollständig zu stoppen.

Richtig ist auch, dass die Bundesregierung nun umfangreiche Hilfen für Unternehmen vorbereitet, die vom Krieg und den Sanktionen besonders hart getroffen werden.

Und selbstverständlich können diese Unternehmen auch unsere Strukturen im Land nutzen, die Darlehen aus der Gründungs- und Wachstumsfinanzierung Baden-Württemberg, Liquiditätskredite, und das Bürgschaftsangebot von Bürgerschaftsbank und L-Bank.

Auch langfristig müssen wir uns umstellen. Die Energieabhängigkeit von Russland ist dabei eine Mahnung für die Zukunft. Die Sichtweise, dass sich Demokratie und Freiheit automatisch Schritt für Schritt durchsetzen, hat sich als Illusion erwiesen. Und das bedeutet, dass wir die Geopolitik auch in wirtschaftlicher Hinsicht immer mitdenken müssen.

Wir dürfen uns nicht von einzelnen Autokratien oder Diktaturen abhängig machen. Und das bedeutet, dass wir diversifizieren müssen, dass wir unsere strategisch wichtigen Wirtschaftsbereiche besser schützen müssen, und dass es endlich zu einer vorrangigen Aufgabe des Vereinten Europas werden muss, in strategisch wichtigen Bereichen unserer Wirtschaft souverän zu werden, in der Energiepolitik genauso wie bei Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz.

Das gilt auch für Rohstoffe und seltene Erden: Da wir im eigenen Land kaum Vorkommen haben, werden wir noch stärker auf Ressourceneffizienz, aber auch auf Recycling und den Aufbau einer Kreislaufwirtschaft setzen. Da werden wir das Tempo deutlich erhöhen.

Für das Klima sind manche Maßnahmen natürlich Teufelszeug, die wir gerade ergreifen müssen, zum Beispiel das Flüssiggas, das wir nun einkaufen müssen.

Gerade deshalb lautet die große Aufgabe: Erneuerbare Energien, grünen Wasserstoff und Energieeffizienz noch sehr viel beherzter, sehr viel

konsequenter und sehr viel schneller voranzutreiben, als wir es ohnehin schon geplant hatten.

Im Bereich der Energieeffizienz können wir uns ein Beispiel an den Japanern nehmen, die nach der Katastrophe von Fukushima das Energiesparen zum Volkssport gemacht und dadurch ihren Energieverbrauch massiv gesenkt haben. Hier erwarte ich noch weitere, deutliche Maßnahmen von der Bundesregierung.

Gleichzeitig müssen wir nun lernen, mit einem neuen Blick auf Solardächer, Windräder, Wärmenetze, Stromtrassen und die Ansiedlung von Unternehmen zu schauen, die uns bei der Transformation helfen.

Die Zeiten, in denen wir ästhetische Aspekte und kleinteilige Bedenken in den Vordergrund gestellt haben, sind nun endgültig vorbei.

Denn es geht nun nicht mehr nur um das Klima, das schon wahrlich Grund genug wäre. Es geht auch um unsere nationale Sicherheit. Und es geht um unsere Freiheit.

Erneuerbare Energien und grüner Wasserstoff – das sind Klimaenergien. Es sind Freiheitsenergien. Und es sind Sicherheitsenergien!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Zeitenwende, von der wir alle – zurecht! – sprechen, sie betrifft nicht alleine die äußere Sicherheit die Folgen für die Wirtschaft und die Aufnahme und Integration der Geflüchteten.

Sie betrifft unsere gesamte Gesellschaft. Und sie trifft uns zu einer Zeit, in der wir alle von Corona erschöpft sind, und es im Gebälk unserer Demokratie knirscht. Wir alle hoffen, dass dieser Krieg so schnell wie möglich beendet wird. Aber wir wissen nicht, ob es so kommt.

Zum heutigen Zeitpunkt scheint es eher unwahrscheinlich zu sein. Aber selbst wenn, so müssen wir uns eingestehen, dass mit dem Ende des Krieges nicht wieder alles so sein wird wie zuvor.

Vielmehr müssen wir damit rechnen, dass die Auseinandersetzung zwischen demokratischen und autoritären Staaten viele Jahre prägen wird.

Und diese Auseinandersetzung wird nicht nur militärisch geführt, sondern sie erfasst alle Lebensbereiche:

So sagt die renommierte Sicherheitsexpertin Claudia Major – ich zitiere:

*„Politik, Gesellschaft und Individuen werden zum Ziel von Angriffen.*

*Den Angreifenden geht es darum, unsere internen Strukturen zu zerstören:*

*gesellschaftlichen Zusammenhalt,*

*demokratische Institutionen,*

*Freiheit und Pluralität*

*und funktionierende kritische Infrastrukturen –*

*sei es durch Cyberangriffe auf Parlamente und Wirtschaft, Falschinformationen oder das Einkaufen in kritische Infrastrukturen wie Häfen.“ (Zeit Online, 24. März 2022)*

Das ist die schlechte Nachricht.

Aber es gibt auch eine gute.

Unsere liberalen Demokratien sind stark. Gerade die Angst vor der Kraft der Demokratie hat ja überhaupt erst zu diesem Krieg geführt. Demokratien sind autoritär geprägten Systemen überlegen. Eben weil sie den wichtigsten Wert menschlicher Existenz nach ganz vorne stellen: Die Freiheit.

Und weil sie auf die wichtigsten Ressourcen bauen, die wir Menschen haben: Vernunft und Empathie.

All das – Freiheit, Vernunft, Empathie – wird in autoritären Staaten nicht geschätzt oder sogar unterdrückt. Und wer diese menschlichen Stärken geringschätzt, wird auf Dauer scheitern.

Und ich füge hinzu: Scheitern wird auch, wer auf eine so perfide Lügenpropaganda gegenüber der Welt und der eigenen Bevölkerung setzt wie Putin. Und auf die Zerstörung des öffentlichen Raums, ohne den es keine Politik mehr geben kann, sondern nur noch rohe Gewalt.

Aber wir müssen uns auch im Klaren sein: Diese Zeitenwende hält neue Zumutungen bereit. Für unser Gemeinwesen, aber auch für jede und jeden Einzelnen von uns. Der Strukturwandel unserer Wirtschaft wird sich noch einmal beschleunigen.

Der Abschied von fossilen Rohstoffen kommt schneller, die Herstellung von Resilienz und Wehrhaftigkeit kosten Wohlstand und Geld, das wir in anderen Bereichen nicht mehr ausgeben können. Der Staat muss dabei die richtigen Leitplanken und Regeln setzen.

Aber klar ist auch:

Es geht nur, wenn wir gemeinsam handeln. Wir brauchen die Unternehmen und die Bürgerinnen und Bürger, um das zu stemmen. Ihren Bürgersinn, ihr Engagement, und ihre Kreativität.

Und das bedeutet auch:

Das Gemeinwohl wird einen höheren Stellenwert bekommen. Wir sind eine Gesellschaft, die die Freiheit des Einzelnen in den Mittelpunkt stellt. Und das ist auch gut so!

Aber die Freiheit des Einzelnen ist nichts Absolutes. Denn der Mensch ist keine Insel. Sondern ein „Zoon politikon“, ein soziales Wesen, wie es Aristoteles gesagt hat. Und daraus erwachsen Bürgerpflichten und Verantwortlichkeiten für das Ganze, die wir alle als Teil der Gesellschaft und des Staates haben. Wir müssen uns aufeinander verlassen. Und wir müssen uns aufeinander verlassen können. Der Zusammenhalt, der daraus erwächst, ist das Fundament unserer Freiheit und unserer Werteordnung. Und die, wissen wir zu verteidigen gegen Autokraten dieser Welt, die uns einreden wollen, dass die Demokratie am Ende sei.

Diejenigen, die das behaupten und damit den Autokratien und Diktaturen das Wort reden, sitzen übrigens nicht nur in Moskau. Sie sitzen auch bei uns – in den europäischen Parlamenten, und leider auch in diesem Landtag.

Und ich sage ganz klar: Ihr Weg wird sich als Irrtum der Geschichte herausstellen!

Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Demokratie ist nicht am Ende.

Sie wird sich als sehr wehrhaft erweisen – nach außen, aber auch nach innen, gegen die Feinde der offenen Gesellschaft, die Putin feiern und unterstützen. Auch das ist eine wichtige Lehre aus diesem Krieg!

Meine Damen und Herren,

der Krieg ist zurück in Europa, mit massiven Auswirkungen auf uns alle. Dabei ist mir eines ganz besonders wichtig:

Wir müssen zwar Einiges hinnehmen und erdulden, und daran führt kein Weg vorbei. Aber dabei bleiben wir nicht stehen. Wir können aktiv etwas tun. Und deshalb macht es mich zuversichtlich, dass ich große Tatkraft und große Solidarität sehe, wohin ich auch blicke:

In der Bürgerschaft. In der Wirtschaft. In Bund, Ländern und Gemeinden. Ich sehe mit großer Dankbarkeit die breite Unterstützung der Sanktionen, eine riesige Hilfsbereitschaft der Menschen in diesem Land. Und habe das Gefühl, dass wir in den letzten Wochen als Gesellschaft enger zusammengerückt sind.

Ich sehe die Chance für einen neuen republikanischen Geist des Miteinanders und des gemeinsamen Handelns. Und diese Einigkeit gibt es nicht nur in Deutschland. Sondern auch zwischen den westlichen Demokratien, die schnell und entschlossen auf Putins Angriff reagiert haben und zusammengerückt sind. Diese Einigkeit der Demokratien ist entscheidend.

Alle Staaten, die auf Freiheit Demokratie und eine regelbasierte Ordnung setzen, müssen weiterhin im engen Schulterschluss handeln.

Und das bedeutet auch: Angesichts der existenziellen Bedrohung, die wir erleben, müssen andere Themen ein Stück weit zurücktreten – zum Beispiel der Streit innerhalb der EU über die richtige Haushaltspolitik.

Meine Damen und Herren,

Die Stärke der Demokratien, das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und der enge Schulterschluss der demokratischen Staaten seit Beginn des Krieges daraus können wir Mut und Zuversicht schöpfen. Mut und Zuversicht, dass wir gemeinsam diese schwierigen Zeiten meistern werden. Und dass sich am Ende Freiheit, Demokratie und Menschenwürde als stärker erweisen als Unterdrückung, Willkür und Gewalt.

Vielen Dank!